

Moskau, den 30. Oktober 1974

A u f z e i c h n u n g

Über das Gespräch Bundeskanzler/Ministerpräsident  
Kossygin vom 29. Oktober 1974 von 15.00 bis 17.00 Uhr  
im Kreml

---

Weitere Teilnehmer

von deutscher Seite:

StS K. Bölling

StS Dr. D. Rohwedder

StS a.D. E.W. Mommsen

MD Dr. D. Hiss

MD Dr. P. Hermes

BR I Dr. Berninger

Dolmetscher A. Weiss

*Herr Kalbitz, PRTHo*

von sowjetischer Seite:

Stellv. Ministerpräsident Baibakow, N.K.

Stellv. Ministerpräsident Nowikow, W.N.

Stellv. Ministerpräsident Archipow, W.S.

Aussenhandelsminister Patolitschew, N.S. (zeitweise)

Vizeaussenhandelsminister Manshulo, A.N. (zeitweise)

Vizepräsident Kuljew, I.A., Staatskomitee für aussen-  
wirtschaftliche Beziehungen

Vizepräsident Inosemzew, N.N., Gosplan

Stellv. Abteilungsleiter Boronin, M.I., Aussenministerium

Einleitend stellt BK Deckungsgleichheit des von Breschnew am  
Vormittag zum Ausdruck gebrachten Interesses an wirtschaftlicher  
Zusammenarbeit fest. Ebenso sieht BK keine Differenzen der  
eigenen Ansichten zu den generellen Bemerkungen Kossygin's  
vom Vormittag.

BK leitet sodann auf Einzelpunkte über:

- a) Das zusätzliche Kooperationsabkommen werde in begleitendem Briefwechsel Klarstellung über die Beibehaltung der Meistbegünstigung bringen.
- b) Auf das von Kossygin neu erwähnte Projekt einer großen Raffinerie bei Wilna behielt sich BK vor, am 30.10. zurückzukommen. Kossygin skizzierte die Raffinerie mit einem Ausstoss von 10 Mio t jährlich, Lieferung von Produkten nach unseren Angaben und Standards im Rahmen eines Vertrages mit 20-jähriger Geltungsdauer.

Ein Raffineriestandort in der Bundesrepublik Deutschland sei demgegenüber für die russischen Überlegungen nicht attraktiv.

Kossygin betonte, daß er keine unmittelbare Antwort erwartet habe und man sich nicht durch Hast in eine unbequeme Lage bringen solle. Nach seinen Vorstellungen solle Bundesrepublik Deutschland Raffinerieausrüstung liefern, könne auch die Planung vornehmen. Man werde das ganze Projekt größer als nur für die Bundesrepublik Deutschland anlegen. Bei einem Projektbeginn 1975 hält Kossygin den Beginn der Lieferungen für 1980 für realistisch. Im ganzen könne man so innerhalb von 20 Jahren 200 Mio t Produkte liefern.

BK leitet über zum Erdgas-Dreiecksgeschäft und unterstreicht deutsches Interesse. Kossygin erwidert, daß man bis jetzt nur allgemein verhandelt habe, Preise und Lieferfristen z.B. noch offen seien. Voraussichtlich werde an die Bundesrepublik Deutschland russisches Gas geliefert, während das persische Gas im Gebiet des Kaukasus eingesetzt werde. Gestaltung der Kredite an den Iran sei deutsche Angelegenheit; daneben werde es einen deutschen Kredit an die Sowjetunion für Rohre etc. geben müssen. BK gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß diese oder andere Lösungen des Dreiecksgeschäfts zum Erfolg führen werden; dies hänge jetzt vom Iran ab. Kossygin weist auf den Ende November in Essen in Aussicht genommenen trilateralen Verhandlungstermin hin.

Als nächsten Punkt schneidet BK Kursk an. Die Verschiedenheit der Entscheidungsstrukturen auf beiden Seiten werde immer wieder Schwierigkeiten machen. Diese seien aber überwindbar. BK weist auf die Notwendigkeit der Bildung von Konsortien von Fall zu Fall hin. Auch wenn im Übrigen die Bundesregierung an den Geschäften nicht selbst teilnehme, sei für unsere Unternehmen die Einstellung der Bundesregierung zu den Projekten wichtig; sie orientierten sich an der Haltung der Bundesregierung. Ausserdem habe die Bundesregierung gewisse Möglichkeiten, die Firmen zu ermutigen. Als konkretes Instrument erwähnt BK die Garantieübernahme bei Krediten. In dieser Optik sei auch ein sehr langfristiges Kooperationsrahmenabkommen zwischen den Regierungen zu sehen und sehr zweckmässig, das dann durch die deutschen Unternehmen und die zuständigen sowjetischen Stellen ausgefüllt werden könne.

Sehr ausführlich stellt BK die Einstellung der Bundesregierung gegenüber der Kreditfrage dar. Es gebe keine Verbilligung von Import oder Exportkrediten aus Mitteln des Steuerzahlers. Der Bundeshaushalt sei selbst in hohem Maße auf Kredite angewiesen, die zur Zeit im Interesse der Inflationsbekämpfung 10-11 % kosten würden. Scherzhaft bemerkte Kossygin, daß er bereit sei, zu einem Zinssatz von 15 % Kredite an die Bundesrepublik zu geben. Er sei jedoch sicher, daß er auch dafür keine Rohstoffe von der Bundesrepublik Deutschland bekomme.

BK stellt im einzelnen dar, daß die öffentliche Kreditaufnahme lediglich der Finanzierung öffentlicher Investitionen vom Strassenbau bis zum Krankenhausbau diene. Jede Abzweigung für andere Zwecke vermindere das schon zu geringe öffentliche Investitionsvolumen. Kossygin repliziert, daß es sich hier ähnlich verhielte, wie wenn aus russischem Haushalt Mittel für ein großes Raffinerieprojekt zu Gunsten der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

Als einzige Ausnahme von Krediten an das Ausland, die mit besonderen Konditionen ausgestattet sind, erwähnt BK Kapital-

hilfekredite an Entwicklungsländer. Kein anderes Land habe staatliche Kredite erhalten. Im Fall Italiens handele es sich um einen Notenbankkredit von 5 Mrd DM gegen Goldverpfändung. Dies sei eine kurzfristige Zahlungsbilanzhilfe. Zu der von Kossygin aufgeworfenen Frage der Rückzahlung weist BK auf die Verwertungsmöglichkeit des Goldpfandes hin.

Zur Aussenhandelsfinanzierung im Im- und Export stellt BK die privaten Finanzierungsmöglichkeiten dar, entweder mit Hilfe der inländischen oder ausländischen Kreditmärkte. Auch hier sei die Bundesregierung nur mit Garantien involviert. Diese konservativen Finanzierungspraktiken hätten das hohe Maß an Preisstabilität in der Bundesrepublik mitbewirkt; sie müßten auch in Verbindung mit der stark überschüssigen Handelsbilanz gesehen werden. Die Zinshöhe bei deutschen Krediten an das Ausland dürfe im übrigen nicht isoliert bewertet werden, sondern zusammen mit den übrigen Konditionen eines Geschäfts (Preis, Qualität, Zuverlässigkeit, Service etc.). Man könne natürlich einen Zins von 6 1/2 % darstellen, dann müsse indessen der Preis für die Lieferung höher angesetzt werden, oder vice versa.

Auf die Entgegnung von Kossygin, ob dies als Ermunterung an alle gemeint sei, sich konservativer Finanzierungsmethoden zu bedienen, meinte BK, daß dies schwer zu machen sei, wir uns aber durch die Methoden anderer nicht verführen liessen.

Kossygin warf die Frage auf, wie große Projekte mit der Bundesrepublik Deutschland realisiert werden sollten. Man habe nun schon über viele Jahre das "konservative" Finanzierungssystem in Anspruch genommen. Aber er glaube, daß eine genauere Vorstellung über das für Lieferungen in die Sowjetunion verfügbare Kreditvolumen vorhanden sein müsse. Er sei beispielsweise in der Lage, 20 Projekte vorzuschlagen, an denen die Sowjetunion interessiert sei. Unbekannt sei, welche Finanzierungsmöglichkeiten die Bundesrepublik Deutschland habe. Wenn er über die denkbaren Finanzierungsdimensionen unterrichtet sei, könne er die Projekte nennen, die in diesem Spielraum finanziert werden sollten. Es genüge nicht, eine Finanzierung jeweils im

Einzelfall sicherzustellen. Es sei vielmehr erforderlich, einen längeren Zeitraum zu übersehen. Die Realisierung von Projekten ohne Kreditmöglichkeiten sei unrealistisch. Es genüge nicht, daß zwar heute eine Kreditmöglichkeit vorhanden sei, morgen aber nicht mehr. Er weise beispielsweise auf das Erdgas-Röhrengeschäft hin, das ein für beide Seiten günstiger Vertrag sei. Die für dieses Geschäft gewährten Kredite würden in wenigen Jahren getilgt werden. Die Sowjetunion sei ein sehr reiches Land. Er könne Möglichkeiten für weitere Großgeschäfte hier aufzeigen. Es bestehe aber dann die Gefahr, daß die Kreditdimensionen auf der Seite der Bundesrepublik nicht ausreichten und dann aus den von ihm vorgesehenen Geschäften nichts werde.

BK erklärte, dass die Finanzierungskapazität der Bundesrepublik Deutschland wegen der Offenheit des Kreditmarktes praktisch unbegrenzt sei. Eine Notwendigkeit zu einer Begrenzung von Finanzierungen käme nur unter folgenden Gesichtspunkten in Betracht:

- 1) bei mangelnder Bonität des Schuldners (keine Zweifel hinsichtlich der SU);
- 2) bei beschränkter Fähigkeit des Schuldners, die Zinsen zu zahlen; auch hier beständen bei der SU keine Zweifel;
- 3) bei einer evtl. Häufung politischer Risiken. Auch hier beständen bei der SU keine Zweifel.

Kossygin erklärte, dass er diese Antwort erwartet habe. Es sei klar, dass diese genannten Anforderungen an den Schuldner gestellt würden. Aus der Feststellung des Kanzlers, dass die Kreditmöglichkeiten unbegrenzt seien, ergebe sich, dass für zu finanzierende Großprojekte Kreditmöglichkeiten gefunden werden könnten. Die Sowjetunion habe ihre Schulden stets rechtzeitig bezahlt.

BK führte aus, daß Finanzierungen, wie sie bisher für die Erdgas-Röhrengeschäfte vorgenommen worden seien, praktisch jeden Tag möglich seien. Es liege jedoch eine "frisierete Finanzierung" vor.

Den vereinbarten 6 1/2 % Zinsen stehe auf der anderen Seite ein gewisser Preis für das Objekt gegenüber. Man könne auch Exportkredite zu einem Zinssatz von 4 % bereitstellen, praktisch zu jedem beliebigen Zinssatz. Das Konsortium müsse aber seinerseits 11 % Zinsen pro Jahr bezahlen. Die Differenz zwischen dem Marktzinssatz und dem Angebotszinssatz müsse gedeckt werden, und zwar entweder über die Rohrlieferanten oder den Gaspreis. Eine Finanzierung der Differenz durch den Staatshaushalt scheidet aus. Budgetmittel zur Überbrückung von Zinsdifferenzen würden nicht eingesetzt; das gelte auch für den Handel der Bundesrepublik Deutschland mit den USA oder Belgien oder anderen Staaten. Kossygin erklärt, daß die Differenz dann naturgemäß im Preis untergebracht sei.

BK erklärt, daß er zu diesem Komplex noch drei Gedanken äußern möchte:

- 1) SU wird bei Bestellungen ihren Gesamtaufwand betrachten,
- 2) Das gleiche gelte für uns. Wenn wir in der SU etwas kaufen möchten, aber sehen, daß es in Teheran oder Saudi Arabien billiger sei, dann kauften wir dort.
- 3) Bisher sei kein Großgeschäft an der Finanzierungsfrage gescheitert, Kreditkonditionen könnten nach Belieben frisiert werden.

Kossygin meint, es sei wichtig, daß die Frage der Finanzierung einmal besprochen worden sei, Er nehme zur Kenntnis, daß Finanzierungsfragen kein Grund für ein Bremsen der Entwicklung sei. Weder die Sowjetunion noch die Bundesrepublik Deutschland sei ein Wohlfahrtsamt. Die Sowjetunion tue das, was für sie zweckmäßig sei. Auch die Bundesrepublik Deutschland bestelle dort, wo das Angebot günstig sei. Aber die Bundesrepublik Deutschland finde nun einmal kein günstigeres Rohstoffangebot als in der Sowjetunion. Sie solle doch einmal versuchen, Erdöl "rund um die Erde zu schleppen" und mehrere Male umzupumpen. Das gleiche gelte für Erdgas. Dieser Komplex sei geklärt.

Er wolle sich nun dem Atomkraftwerk zuwenden. Für die Modalitäten der vorgesehenen Errichtung eines Atomkraftwerks gebe es verschiedene Varianten. Eine Variante sei die Errichtung eines Kraftwerkes in der Sowjetunion und der Bau einer Gleichstromleitung durch Polen und die DDR. Eine weitere Variante bestehe darin, daß das Kraftwerk in der DDR oder in der CSSR, also in der Nähe der Grenze zur Bundesrepublik gebaut werde. Eine weitere Variante sei, daß das Kraftwerk in der Sowjetunion gebaut werde, dort im Rahmen der Erzeugung energieintensiver petrochemischer Halbstoffe eingesetzt werde, die dann in die Bundesrepublik Deutschland exportiert würden. Auf diese Weise würden auch keine Stromverluste entstehen wie im Falle der Stromübertragung über weite Strecken. Günstig sei ein Kraftwerk mit vier Einheiten von je 1.300 MW. Das sei eine seriöse Lösung mit 5.200 MW insgesamt. Die Bundesrepublik Deutschland solle Uran liefern, das die Sowjetunion anreichere und zu Brennelementen verarbeite. Ein derartiges Abkommen wäre günstig sowohl für die Bundesrepublik Deutschland wie für die Sowjetunion.

Im Zusammenhang mit dem Atomkraftwerk möchte er folgende Frage stellen: Glaube man ernsthaft, eine Stromtransitleitung über Berlin ziehen zu können ? Ein derartiges Unternehmen sei kompliziert. Im Ernstfalle wäre selbst Berlin damit nicht einverstanden. Die Sowjetunion bemühe sich, die Elektrizitätsmasten aus den Städten zu entfernen, während sich die Bundesregierung bemühe, sie in Westberlin zu errichten. Oder wolle man mit Kabeln arbeiten ? Solle die Transitleitung über die Dächer laufen ? Die günstigste Vereinbarung bestehe darin, Energie aus einem Kernkraftwerk einzusetzen, um Rohstoffe zu verarbeiten und diese Halbstoffe, beispielsweise Erdölderivate, zu exportieren. Natürlich sei es auch möglich, eine Transitleitung zu bauen. Sie führe durch fremde Länder, die sich dies bezahlen ließen. Dies müsse abgewogen werden.

BK wies darauf hin, daß viele Varianten denkbar seien. Anstelle der von Kossygin erwähnten vier Blöcke sei bisher vorgesehen worden, einen Block zu 1.200 bis 1.400 MW zu liefern. 1.300 MW warf Kossygin ein.

BK hielt eine spätere Ausweitung der jetzt vorgesehenen Lieferung eines Blocks für nicht ausgeschlossen. Er wolle aber zunächst einmal unsere Interessenlage im Hinblick auf Westberlin schildern. Diese Stadt erzeuge ihren Strom selbst, unabhängig von einem Verbundnetz. Der Bau eines Atomkraftwerkes in dieser Stadt sei nicht günstig. Es sei deshalb unser Interesse, Berlin an ein Verbundnetz anzuschließen. Der von der Sowjetunion erstmals vorgebrachte Gedanke, Berlin mit einem auf sowjetischem Territorium stehenden Kernkraftwerk zu versorgen, sei deshalb interessant, Honecker habe angeboten, Berlin aus der DDR zu versorgen. Dieses Angebot sei bisher nicht positiv beantwortet worden. Für diese Nichtbeantwortung hätten u.a. technische Gründe gesprochen, weil die Normen in der DDR für Spannungsqualitäten andere seien als bei uns.

Kossygin wirft ein, daß die Frequenz mit <sup>2</sup>60 Hz dieselbe sei wie bei uns.

BK antwortet, daß in der DDR die Frequenzschwankungen für unsere Technik zu groß seien.

Kossygin hält dies für lösbar. BK weist darauf hin, daß es zusätzlich politische Gründe gebe, die dazu führten, lieber mit der Sowjetunion als mit der DDR abzuschließen. Er wolle auf folgendes Problem hinweisen:

Für die Lieferung des Kernkraftwerks sei eine COCOM-Bewilligung erforderlich. Unsere Verbündeten legten Wert auf die Anwendung der IAEC-Sicherheitskontrollen. Diese Schwierigkeiten könnten

nur dann gelöst werden, wenn Berlin durch das Kraftwerk versorgt werde. Es wäre unehrlich, wenn er diese Gründe verschweigen würde.

Kossygin kehrt zu dem Gedanken zurück, vier Kraftwerke zu je 1.300 MW in der Sowjetunion zu bauen.

BK meint, daß ein derartiger Bau nur in Schritten vollzogen werden könne.

Herr Keltch weist auf die Möglichkeit einer Phasenverschiebung von je neun Monaten hin.

Kossygin bemerkt, daß bei nur 1 Kraftwerkseinheit im Falle einer Reparatur Berlin ohne Strom bleibe. Im Übrigen solle nach seiner Auffassung aus den bereits erwähnten Gründen die Stromleitung um Berlin herumgeführt werden. Es sei das Beste, diese Leitung an Berlin vorbeizuziehen und von dieser Hauptleitung eine Stichleitung nach Berlin zu bauen. Würde man die Hauptleitung in die Bundesrepublik Deutschland über Berlin führen, so bedeutet dies einen Skandal, gegen den sich die Einwohner wehren würden. Kossygin zeichnet auf ein vor ihm liegendes Blatt Berlin als Kreis ein und kennzeichnet die Hauptleitung als einen Strich, der unmittelbar an Berlin vorbeiführt.

BK zeichnet in diese Linie einen Haken ein, der durch Berlin verläuft und erklärt, daß die Leitung in dieser Weise laufen müsse. Es mache keine Schwierigkeiten, die Leitung in dieser Weise zu führen.

Kossygin bemerkt, daß es keine Einwendungen gebe, die Leitung dicht an Berlin vorbeizuführen. Es komme uns doch darauf an, Westberlin und die Bundesrepublik mit Strom zu versorgen. Diese Aufgabe wolle die sowjetische Seite lösen.

BK wies darauf hin, daß die Auffassungen zu dieser Frage nicht gleich seien. Es sei eine Umformstation erforderlich, die auf

dem Gebiet von Berlin, nicht aber auf dem Gebiet der DDR liegen solle. Er nehme bei der Versorgung Westberlins die Abhängigkeit von der Sowjetunion in Kauf, nicht aber die Abhängigkeit von der DDR.

Kossygin erklärt, daß eine Abhängigkeit von der DDR in jedem Falle bestehe. Eine Ausnahme ergebe sich nur dann, wenn das Kabel vom Kraftwerk in die Bundesrepublik Deutschland durch die Ostsee verlegt werde.

BK stimmt zu, daß die Durchleitung durch die DDR erforderlich sei. Er glaube auch nicht, daß hinsichtlich der Linie SU-DDR-BRD Schwierigkeiten entstünden.

Kossygin erklärt, daß dies ausgeschlossen sei. Das Geschäft stehe auf solider Basis.

BK bemerkt, daß bei der Zuleitung nach Berlin beispielsweise ein kleiner technischer Fehler auftreten könne mit der Folge, daß die Stromzufuhr nach Berlin unterbrochen werde, nicht aber die Zufuhr in die Bundesrepublik.

Herr Keltsch erklärt hierzu, daß in Westeuropa andere Spannungsverhältnisse bestünden als in Osteuropa. In Westberlin bestünden die gleichen Spannungsverhältnisse wie in Westdeutschland. Wir legen Wert darauf, daß das Berliner Netz mit dem Netz der Bundesrepublik verbunden würde. Dies könnte beispielsweise durch eine 750 KV-Leitung geschehen. Wenn bei dem Kraftwerk eine Panne eintrete, sei Westberlin automatisch mit der Bundesrepublik Deutschland bzw. mit Westeuropa im Verbund und würde weiter mit Strom versorgt werden. Irgendwelche Schalter auf dem Gebiet der DDR seien nicht erforderlich.

Kossygin erklärt, daß sich zu dieser Frage Experten treffen sollten. Der Rücklauf des Stromes aus der Bundesrepublik Deutschland bereite keine Schwierigkeiten. Den Technikern, die sich treffen sollten, sollten genaue Aufgaben gestellt

werden, Herr Keltsch wies nochmals auf die Wichtigkeit eines automatischen Rücklaufs bei Ausfall der Stromverbindung hin.

Kossygin meint, daß die Bilanz folgendermaßen gezogen werden könne: Es solle ein Kraftwerk gebaut werden, das gleichzeitig Westberlin und die Bundesrepublik versorge. Bei Ausfall solle eine automatische Versorgung Westberlins aus der Bundesrepublik Deutschland bestehen, ohne daß in der DDR Schalter benötigt würden. Die kommerziellen Teile des Angebots wie Preise, Kredite etc. könnten dann später geprüft werden.

An dieser Stelle wurde das Gespräch beendet, da BK auf 17 Uhr zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Breschnew verabredet war.

( Dr.  )